

## Bericht zur Sommersession 2021

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen  
Datum: 18.06.2021

### Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	03.06.2021	Fraktion	5.00
FR	04.06.2021	Fraktion	2.50
MO	07.06.2021	Fraktion	2.50
MO	07.06.2021	Grossrat-Parlament	3.00
DI	08.06.2021	Grossrat-Parlament	2.75
DI	08.06.2021	Grossrat-Parlament	3.00
MI	09.06.2021	Grossrat-Parlament	7.75
DO	10.06.2021	Grossrat-Parlament	5.00
MO	14.06.2021	Fraktion	2.50
MO	14.06.2021	Grossrat-Parlament	3.00
DI	15.06.2021	Grossrat-Parlament	7.75
MI	16.06.2021	Grossrat-Parlament	5.75
DO	17.06.2021	Grossrat-Parlament	2.00
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			<b>52.50</b>

### Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	10	Anzahl Traktanden Verhandlung	80
Anzahl Anträge, Planungserklärung	41	Total Traktanden (inkl. IP)	98
		Anzahl Vereidigungen	3
Anzahl Stichentscheide GRP	4	Anzahl Wahlen	22
Anzahl Abstimmungen	172	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	149
Anzahl Freie Debatten	56	Anzahl Reduzierte Debatten	27
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	9
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	12	In die nächste Session verschoben	3

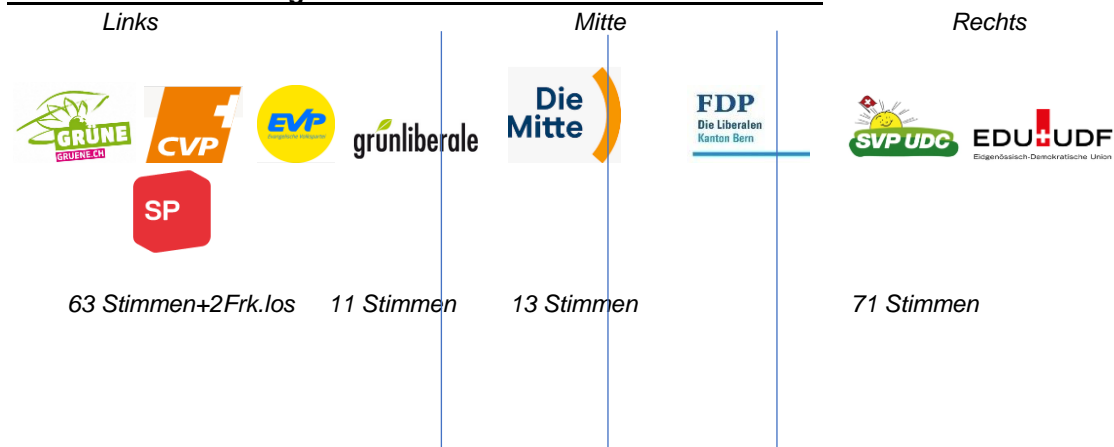
### Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen									
Sitze	20	46	39	14	13	11	10	5	1

Total der Sitze: 160 (davon 2 Fraktionslose)

Seit der letzten Session gab es keine Änderungen der Fraktionszusammensetzung.

### Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern





### **Fraktionssitzungen**

Herrlich! Endlich wieder einmal eine "physische" Fraktionssitzung. Wir trafen uns auf Einladung von Peter Sommer und seinem Nachfolger Michael Elsaesser in Sumiswald, um die anstehende Sommersession vorzubereiten. Neben den Grossrats-Traktanden hatten wir auch Zeit, etwas für das gesellschaftliche Teambuilding zu tun. Bei bestem Wetter versuchten wir uns bzw. einige von uns, beim Hornussen. Versteckte Talente wurden entdeckt – aber auch Materialschaden wurde produziert. Am Abend konnten wir auch die Verabschiedungen unserer langjährigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (Marianne Teuscher-Abts, Peter Sommer und Peter Moser) würdig durchführen.

Vor den ordentlichen Fraktionssitzungen trafen wir uns zweimal virtuell, um in einer Art "Workshop" unsere Vorstösse vorzubereiten. Interessante, zukunftsweisende Ideen wurden eingereicht, um den Kanton weiterzubringen.

Eingereichte Vorstösse:

- Parlamentarische Initiative «Mittel- bis langfristige Verbesserung des Steuerstandortes Bern im interkantonalen Vergleich»
- Motion «Informatikoffensive des Kantons Bern – Konsequenzen für den Stellenplan»
- Motion Cargo Sous Terrain nach Bern/Thun
- Motion Stärkung des Justizstandortes Bern
- Anfrage Sicherheit erhöhen mit Fahrassistenztauglicher Strassenmarkierung und Signalisation

Informationen zu den Vorstössen:

Die durchschnittliche Gesamtbelastung über alle Einkommensstufen und Familienkonstellationen hinweg beträgt im Kanton Bern heute rund 115 bis 120 Prozent des eidgenössischen Durchschnitts. Der Kanton Bern belegt damit im interkantonalen Steuervergleich einen der letzten Plätze. Das muss sich ändern. Die Freisinnigen verlangen deshalb in einer Parlamentarischen Initiative eine Ergänzung der Kantonsverfassung, wonach die Einkommenssteuern von Privaten und Haushalten im Kanton Bern spätestens ab 2030 in jeder Gemeinde nicht mehr als 10% höher sind als die durchschnittliche Einkommenssteuerbelastung aller schweizerischen Gemeinden. Die Steuerbelastung im Kanton Bern wäre damit zwar immer noch höher als in anderen Kantonen, die Belastung für Familien und Haushalte würde jedoch um bis zu 10 Prozent reduziert werden.

Der Kanton Bern verfolgt den Weg einer forcierten Digitalisierung. Zu Recht wird in diesem Zusammenhang jeweils auf den Nutzen solcher Investitionen für Bevölkerung, Wirtschaft und Staat hingewiesen. Die FDP. Die Liberalen unterstützt diese Bestrebungen mit Überzeugung. Dies jedoch unter der klaren Bedingung, dass dank dieser Investitionen nicht nur qualitative Verbesserungen in der Leistungserbringung erzielt, sondern auch die sich ergebenden Effizienzgewinne realisiert werden. Mittels einer Motion fordert die FDP deshalb einen Bericht, der Auskunft gibt über Effizienzgewinne, die der Kanton aufgrund der hohen Investitionen in die Informatik erzielen kann. Dazu gehören insbesondere die Einsparung von Personalkosten sowie Sachkosten wie z.B. Arbeitsplatz-, Archivierungs-, und Mietkosten. Der Bericht soll

aufzeigen, inwiefern mit neuen Systemen (z.B. ERP) und Vereinfachungen im Finanz- und Rechnungswesen Einsparungen gemacht werden können. Ebenfalls soll im Bericht aufgezeigt werden, wie viele Stellen, ab welchem Zeitpunkt, in welchen Direktionen aufgrund dieser Effizienzgewinne abgebaut werden können.

### **Gerichtskammer für internationale Handelsstreitigkeiten in Bern**

Im Zuge des Brexits dürfte London seine bisherige Vormachtstellung als Drehscheibe des internationalen Handels in Europa teilweise einbüßen. Damit einher geht auch ein gewisser Bedeutungsverlust als Standort für internationale Handelsstreitigkeiten. Deshalb haben jüngst Deutschland, Frankreich und die Niederlande die Grundlagen für internationale Handelsstreitigkeiten vor speziellen Gerichtskammern geschaffen. Im Rahmen der laufenden Revision der Zivilprozessordnung (ZPO) schlägt der Bundesrat vor, auf Stufe Bundesrecht die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit die Kantone künftig spezialisierte Gerichte bzw. Gerichtskammern für internationale Handelsstreitigkeiten schaffen können. Damit soll die Schweiz als international anerkannter Justizplatz in Handelssachen gestärkt werden.

Mit einer Motion fordert die FDP.Die Liberalen, am Handelsgericht des Kantons Bern eine spezielle Gerichtskammer für internationale Handelsstreitigkeiten zu schaffen. Der Kanton Bern sollte bei dieser neuen Entwicklung nicht abseitsstehen, sondern die Chance nutzen, um nebst den Kantonen Zürich und Genf eine Vorreiterrolle zu übernehmen und den Justizstandort Bern zu stärken. Der Standort Bern ist insbesondere aufgrund seiner Mehrsprachigkeit, seiner effizienten und kompetenten Gerichte sowie der guten Erreichbarkeit im Zentrum Europas prädestiniert für dieses Angebot.

### **Cargo Sous Terrain nach Bern/Thun**

Die erste Teilstrecke des Projekts Cargo Sous Terrain (CST) verbindet ab 2031 den Raum Härkingen/Niederbipp mit Zürich. Bis 2045 erfolgt der Bau der restlichen Abschnitte. Bereits sind die Abklärungen für die weiteren Etappen in Abklärung. Dabei steht eine Weiterführung nach Bern in Konkurrenz mit dem Teilstück Lausanne–Genf. Der Regierungsrat soll deshalb mittels der FDP-Motion beauftragt werden, das Projekt Cargo Sous Terrain proaktiv zu begleiten und die gesetzlichen Rahmenbedingungen und Grundlagen für die CST Hubs zu schaffen. Zudem sollen die Gemeinden bei der verkehrstechnischen Erschliessung durch den Kanton Bern unterstützt werden.

Cargo Sous Terrain (CST) ist ein Gesamtlogistiksystem für den flexiblen Transport kleinteiliger Güter und ist eine privatwirtschaftliche Initiative. Für den Bau der Infrastruktur und den Betrieb des Tunnels werden keine Subventionen eingesetzt. Tunnels verbinden Produktions- und Logistikstandorte mit städtischen Zentren. Oberirdisch verteilt CST die transportierten Güter in umweltschonenden Fahrzeugen und leistet damit einen Beitrag zur Reduktion des Verkehrs, der Lärm- und CO<sub>2</sub>-Emissionen.

### **Sicherheit erhöhen mit Fahrassistententauglicher Strassenmarkierung und Signalisation**

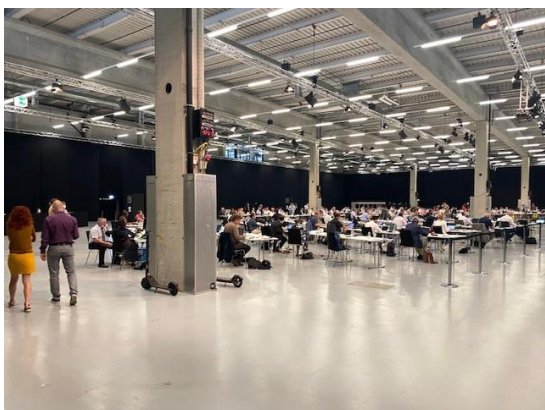
Der Verkehr auf den Strassen nimmt stetig zu. Im heutigen Strassenverkehr hat es kaum mehr Platz für Unaufmerksamkeiten oder Fehler. Fahrassistentensysteme sind deshalb angesichts des starken Verkehrsaufkommens ein Segen und können in kritischen Situationen helfen. Ein Spurhalteassistenz-System ist auf eine möglichst durchgehende Strassenmarkierung links und rechts der Fahrspur angewiesen. Vermehrt wird in Ortsdurchfahrten die Mittellinie weggelassen und die Velospur gelb gestrichelt geführt. Ein Spurhalteassistenz kann damit nicht umgehen, das bedeutet, dass in heiklen Gebieten auf ein Assistenzsystem verzichtet werden muss, welches eine sicherheitsrelevante Unterstützung bieten könnte.

Geschwindigkeitsregelsysteme/Tempomate sind auf eine passende Signalisierung angewiesen, die eine automatische Signalerkennung ermöglicht. Insbesondere bei Baustellen oder Umleitungen kann die automatische Geschwindigkeitserkennung einen wesentlichen Sicherheitsbeitrag leisten.

Deshalb will die FDP.Die Liberalen in einer Anfrage vom Regierungsrat wissen, ob es entsprechende Normen und/oder Empfehlungen gibt und ob beim Entscheid, bei einer Ortsdurchfahrt eine Mittellinie zuziehen oder wegzulassen, die Vorteile der Spurhalteassistenzsysteme berücksichtigt werden. Zudem fragen die Freisinnigen, ob bei der Planung und dem Betrieb von Strassenbaustellen und Umleitungen diese auf die Fahrassistenten-Anforderungen geprüft werden.

### **Sessionsort wiederum ausserhalb des Rathauses**

Die Session fand wiederum auf dem Expo-Areal statt. Leider tagten wir nicht in der alten Festhalle, sondern neu in einer "kalten" Ausstellungshalle im modernen Hallenteil. Die Zuversicht betreffend den Fall- und Impffzahlen ist vorhanden, dass wir im Herbst vielleicht wieder im Rathaus eine Session abhalten können. Dies wird im August entschieden.



Sessionsort Expo Bern



### **Vereidigung Michael Elsaesser**

Als Nachfolger von Peter Sommer wurde Michael Elsaesser vereidigt. Die FDP-Fraktion freut sich auf die Zusammenarbeit mit Michael.



Michael Elsaesser



Thomas Zbinden

### **Richter— und Kommissionswahlen**

Wiederum waren wir erfolgreich bei den Wahlen ins Obergericht. Unser FDP-Mitglied, Herr Thomas Zbinden wurde mit hervorragenden 141 Stimmen ins Obergericht gewählt. Ich wünsche Herrn Zbinden viel Erfolg in seiner neuen Funktion.

### **Wahlen Kommissionen**

Durch Wechsel in der FDP-Fraktion gab es einige Verschiebungen und Neuwahlen in die Grossrats-Kommissionen:

<b><i>Kommission</i></b>	<b><i>Bisher</i></b>	<b><i>Neu</i></b>
Mitglied BaK	Peter Sommer	Sandra Hess
Mitglied FiKo	Hans-Rudolf Saxer	Carlos Reinhard
Ersatzmitglied BiK	Peter Sommer	Michael Elsaesser
Mitglied SAK	Carlos Reinhard	Stefan Costa
Ersatzmitglied BaK	Sandra Hess	Peter Haudenschild
Mitglied JuKo	Sandra Hess	Peter Haudenschild



## Verabschiedung Stefan Costa als Grossratspräsident



*Stefan Costa zurück an seinem neuen Platz*

Stefan Costa musste turnusgemäss sein Amt als höchster Berner ablegen. Er wird wohl in die Geschichte eingehen, als einziger Grossratspräsident, welcher keine Session im Berner Rathaus abhalten durfte. Aber sicherlich wird er auch als "billigster" Präsident in die Geschichtsbücher finden, da er kaum Spesen für Anlässe abrechnen konnte. Als Alt-Grossratspräsident kann der Schreibende nachfühlen, was alles nicht durchgeführt wurde. Dies bedauere ich sehr.

Stefan hat aber nie mit der Corona-Situation gehadert und hat sein Amt sehr würdig und souverän ausgeübt. An dieser Stelle herzlichen Dank und Gratulation lieber Stefan für Dein Amtsjahr. Wir freuen uns jetzt, dass Du wieder in unseren Reihen Platz nehmen konntest und Dich thematisch wieder für Deine Anliegen und Region einsetzen kannst.

## Sessionsbeschlüsse

Unter dem Link <https://www.gr.be.ch/gr/de/index.html> findet der/die interessierte/r Bürgerin/Bürger alles über unsere Themen. Deshalb werde ich dies hier nicht alles wiedergeben, sondern nur auf einige wichtige Punkte aus der Sicht der FDP hinweisen.

## Einige Bemerkungen zu ausgewählten Beschlüssen

*Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern*

- **Gesetz über die Organisation des Regierungsrates**  
Einstimmig wurde das revidierte Organisationsgesetz (OrG) verabschiedet, welches aufgrund der während der Covid-Krise gemachten Erfahrungen, angepasst wurde. Das Gesetz erlaubt dem Regierungsrat nun, in definierten Krisenlagen neue Kommunikationsmittel für die Regierungssitzungen und -beschlüsse zu verwenden. Dies macht sicherlich Sinn. Der Grosse Rat wird sich für seine Sitzungen auch noch mit diesem Thema befassen müssen.
- **Leichte Sprache**  
Die Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung verpflichten die Kantone, ihre Informationen so anzubieten, dass sie niemanden benachteiligen oder diskriminieren. Das heisst, der Kanton Bern muss im Rahmen der Verhältnismässigkeit die Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen beim Zugang zu kantonalen Informationen beseitigen. Der Grosse Rat hat mit einer grossen Mehrheit einen entsprechenden Massnahmenbericht verabschiedet.  
Im Kanton Bern soll Leichte Sprache vor allem eingesetzt werden, wenn Leben und Gesundheit von Menschen betroffen sind, namentlich in Katastrophensituationen, ausserordentlichen Lagen und bei persönlichen Lebensentscheidungen. Auch Informationen, die sich an Menschen mit Behinderungen richten, sollen in Leichte Sprache übersetzt werden. Empfohlen wird die Leichte Sprache auch für Informationen in jenen wichtigen kantonalen Aufgabenbereichen, welche direkt die Rechte und die Pflichten der Bürgerinnen und Bürger ansprechen, sowie zum Bildungssystem. Daneben sollen alle Informationen, die sich an die gesamte Bevölkerung richten, möglichst leicht verständlich sein. Die Voten im Grossen Rat zeigten aber ebenfalls auf, die Bodenhaftung nicht zu verlieren und dass die leichte Sprache nicht eine weitere "Amtssprache" sein darf.
- **Gesetz Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen**  
In den letzten Jahren hörte man von allen Seiten die Problematik der Ausschreibungen im öffentlichen Beschaffungswesen. Es werde nur der Preis berücksichtigt und somit die Schweizer Anbieter benachteiligt. Auch monierten viele Parteien in letzter Zeit, dass man die Verfahren vereinfachen sollte. Mit dem Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen will man dies nun in der Schweiz vereinheitlichen und vereinfachen. Dies ist erstrebenswert. Der Kanton Bern hatte nur die Differenz betreffend Beschwerdeweg. Nicht alle

Kantone haben Regierungsstatthalter und somit eine Instanz weniger. Der Kanton Bern machte bisher aber sehr gute Erfahrungen mit dieser zusätzlichen Instanz, da auf dieser Stufe oft die Beschwerden schnell, unbürokratisch und kostengünstig beurteilt werden. War der Kläger mit dem Ergebnis nicht einverstanden, konnte immer noch ein ordentliches Gericht angerufen werden. Eine Mehrheit des Parlaments hat die Beibehaltung dieses sog. "doppelten Instanzenzuges" beschlossen, obwohl seitens der Gegner gedroht wurde, dass der Kanton Bern dadurch nicht in diese interkantonale Vereinbarung eintreten kann. Man dürfe nichts abändern, sonst wäre es ja nicht mehr eine einheitliche Vereinbarung, wurde argumentiert. Erstaunt war der Schreibende dann schon, dass weitere Abänderungsanträge der Instanzenzugsgegner (vor allem linke Parteien), die Idee der Vereinfachung wieder relativierten. Dank den Stimmen der selbsternannten liberalen Partei GLP sowie der Ratslinken (SP, PSA, Juso, Grüne und EVP) wurden zum Beispiel Lohngleichheitskontrollen eingebaut. Scheinbar soll dies dann von den anderen Kantonen stillschweigend akzeptiert werden. So ist eben Politik – oft wird vergessen, was man früher versprochen hat. Nicht dass ich die Lohngleichheit als schlecht empfinde. Aber dies ist in der Verfassung und in anderen Gesetzen geregelt und kann anderweitig überprüft werden. Dass man nun bei jeder Ausschreibung eine Lohnkontrolle durchzuführen hat, geht meiner Meinung nach sehr weit. Danke für mehr Bürokratie!

- **Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2020**

Normalerweise fliegen im Rat die Fetzen, wenn es um die Jahresrechnung des Kantons geht. Der Abschluss 2020, welcher mit einem "Gewinn" von 40 Mio. abschliesst, wurde fast einfach so durchgewunken.

Erstaunlich ist dies schon. Aber dank der Nationalbankgewinne konnten die massiven Zusatzkosten der Covid-Krise gedeckt werden. Noch vor einem Jahr wollten alle linken Parteien sowie die Mitte und GLP das erfolgreiche System der Schuldenbremse abschaffen. Dies wegen der drohenden Neuverschuldung des Kantons. Gerade die Schuldenbremse hat den Kanton in den letzten Jahren auf diese Krise vorbereitet. Die FDP wird sich vehement gegen die Abschaffung oder Aufweichung der Schuldenbremse zur Wehr setzen.

- **Individualbesteuerung für Ehepaare umsetzen**

Normalerweise verzichte ich hier auf den Hinweis von Vorstössen von anderen Parteien. Die SP hat ein Anliegen, für welches die FDP-Frauen momentan auf nationaler Ebene erfolgreich Unterschriften sammelt, in den Grossen Rat gebracht (Beschluss FDP-Frauen am 10.10.2020 / Einreichung Vorstoss durch SP im März 2021). Der Regierungsrat soll sich beim Bund einsetzen, dass die Individualbesteuerung eingeführt wird. Dies ist so ein Rezept der Ratslinken, nationale Themen auch noch im Kantonsparlament einzubringen. Nur ist es eben so, dass dieses Anliegen durch die SP verpasst wurde und nun wird versucht, dieses wieder an sich zu reißen. Der Vorstoss wurde klar angenommen, doch der Bund wird sicherlich nichts unternehmen und wartet die Initiative ab. Ich sage nur: FDP Frauen sind "schneller als man denkt" unterwegs. Wer noch nicht hat, soll die Initiative unterzeichnen: <https://www.individualbesteuerung.ch/>

- **Volksschulgesetz**

Die zweite Lesung des Volksschulgesetzes verlief organisierter als die erste Lesung. Die Kommission hat sich auf die vielen Anträgen gut vorbereitet und entsprechende Empfehlungen abgegeben. Leider haben wir nicht alle liberale Anliegen durchgebracht. Aber dennoch waren die positiven Elemente in der Überzahl, so dass die Gesetzesänderung klar angenommen wurde. Da es sehr viele Themen sind, welche ich hier nicht einzelnen wiedergeben will, verweise ich auf die entsprechende Grossratsunterlagen:

<https://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-2969654f29304ae68d7d0dc1c859f8d3.html>

- **Bericht Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG)**

Das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) befindet sich in einer heiklen Situation: Auf der einen Seite werden die Mitarbeitenden des AGG vom Tagesgeschäft, der Betreuung der über 2 000 Immobilien sowie der Planung und Realisierung kantonseigener Bauvorhaben, stark beansprucht. Gleichzeitig befindet sich das AGG personell und strukturell in einem kritischen Zustand und muss rasch grundlegend reformiert werden. Das AGG ist ein «fahrender Zug», bei dem die «ganze

Mechanik» während der Fahrt ausgewechselt werden muss. Gelingt dies nicht, dann steigt das Risiko massiv, dass der Kanton nach dem Campus Biel auch bei weiteren kantonalen Grossprojekten Kosten, Zeit und Qualität nicht mehr im Griff hat. Hier der entsprechende externe Bericht:

<https://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/350d9ffb9bfd4d898cbef4c5eeabcb1b-332/1/PDF/2021.RRGR.112-Beilage-D-227622.pdf>

Da das Thema auch von den Medien aufgenommen wurde, verzichte ich auf eine weitergehende Berichterstattung. Die FDP ist aber überzeugt, dass mit den Massnahmenpaketen das Amt wieder gestärkt und gut organisiert in die Zukunft geführt werden kann.

- **Münchenbuchsee Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt (SVSA)**

Der Hauptsitz und das Verkehrsprüfzentrum Bern des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes (SVSA) befinden sich heute am Schermenweg 5 und 9 in Bern. Die Schwerverkehrsprüfungen werden im Kompetenzzentrum Schwerverkehrsprüfungen (KSP) durchgeführt, das sich ca. 1 km entfernt an der Milchstrasse 10 in Ostermündigen befindet. Die drei Standorte mit ihren rund 260 Mitarbeitenden sollen an einem gemeinsamen Standort in Münchenbuchsee organisatorisch und örtlich zusammengefasst werden. Der Grosse Rat hat einem entsprechenden Kredit klar zugestimmt.

- **Solarenergie auf allen Dächern (GLP für Eingriff in Privateigentum)**

Solarenergie ist eine gute Sache. Da sind wir uns im Rat alle einig. Nun wollten zwei ähnliche Vorstösse der linken Parteien alle Hauseigentümer zwingen, Solaranlagen auf ihre Dächer zu montieren. Eine Klausel sah Ausnahmen vor, wenn es finanziell nicht sinnvoll ist. Spätestens seit der Co2-Abstimmung ist klar, dass man fördern und nicht zwingen sollte, um sinnvolle Massnahmen für den Umweltschutz umzusetzen. Mich selbst stört es enorm, wenn immer behauptet wird, dass die Wirtschaft und die Hauseigentümer nichts machen. Fakten zeigen klar ein anderes Bild und dies gilt es auch zu verdanken. Auch bin ich der Meinung, dass mit dieser Forderung das Eigentumsrecht, welches sowohl in der Schweizer wie auch in der Bernischen Verfassung garantiert ist, verletzt wird. Aus diesem Grund hat die FDP diesem Vorstoss weder als Motion noch als Postulat zugestimmt. Dennoch wurden die Anträge – dank der «liberalen» GLP – als Prüfaufträge überwiesen.

- **Änderung Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge**

Die zweite Lesung brachte nichts Neues. Eine grosse Mehrheit des Parlamentes will die Steuern auf Fahrzeuge mit einem zusätzlichen "Öko"-Parameter leicht erhöhen. Mit dieser Erhöhung wird der Kanton Bern im schweizerischen Durchschnitt sein. Dafür sollen die Steuern der natürlichen Personen im gleichen Betrag gesenkt werden. Die FDP-Fraktion unterstützte die Gesetzesänderung, weil das Gesetz so angepasst wurde, dass keine "Spielchen" möglich sind. Werden die Steuern der natürlichen Personen nicht gesenkt, so darf auch die Steuer für die Strassenfahrzeuge nicht erhöht werden. Wir stimmten auch zu, weil Fahrzeuge des Gewerbes sowie andere Fahrzeuge im Behindertenbereich nicht von der Steuererhöhung betroffen sind.

**Zum Schluss etwas Unglaubliches**

Es gab noch weitere interessanten Themen. Ich verweise hier wieder auf die Website des Grossen Rates. Auf etwas Positives in den Medien möchte ich noch hinweisen:

Viele nehmen die FDP als "wilden Haufen" wahr – ohne eine Meinung zu haben und jede/jeder macht eh was er will. Dieses Mysterium wurde in einem Zeitungsbericht der Berner Zeitung vom 29. Juni 2021 widerlegt. Die FDP gilt als "stramm auf Parteilinie". Ich sage eher dazu: Wir sind gut vorbereitet und arbeiten intensiv und gut in der Fraktion. Wir nehmen uns Zeit, verschiedene Meinungen anzuhören und einen Kompromiss zu suchen. Aus diesem Grund sind wir seit Jahren auch erfolgreich im Grossen Rat (meine obenstehenden Statistiken zeigen, dass wir immer sehr viele Geschäfte nach unseren Empfehlungen durchbringen). Leider wird hiervon zu wenig berichtet. Es ist scheinbar für die Medien spannender, wenn man sich nicht einig ist und auch unmöglich umzusetzende Positionen bezieht. Dies ist aber nur möglich, wenn ein Team (= Fraktion) gut funktioniert. Nach einem Jahr als Fraktionschef kann ich bestätigen, dass wir eine sehr gute Stimmung haben und Differenzen auf einer sachlichen Ebene ansprechen können. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitgliedern des FDP-Team herzlich für diese Zusammenarbeit bedanken.

Link Zeitungsbericht: <https://www.bernerzeitung.ch/das-sind-die-freigeister-und-die-parteisoldaten-im-parlament-274911378676>